

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 69 (1982)
Heft: 14

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Vernehmlassung zur Schulkoordination

Nach dem Scheitern der Schulkoordination auf dem Konkordatsweg geht es nun mit der Bundeslösung vorwärts: Noch in diesem Herbst will der Bundesrat eine Vernehmlassung zu allen heute vorliegenden Verfassungsinitiativen in die Wege leiten. Die eidgenössischen Räte werden sich voraussichtlich im Herbst 1983 damit befassen, wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme zu einer Interpellation von Nationalrat Jean-Claude Crevoisier (PSA, BE) mitteilte.

Zu dieser Frage sind heute auf eidgenössischer Ebene eine Volksinitiative, drei Standesinitiativen und eine parlamentarische Einzelinitiative hängig. Die zuständige Kommission des Nationalrates hat an ihrer Sitzung vom 19. August beschlossen, die drei Standesinitiativen und die Einzelinitiative dem Bundesrat zur Stellungnahme zu unterbreiten. Die Behandlung der «Volksinitiative für die Koordination des Schuljahresbeginns in allen Kantonen» ist an feste Fristen gebunden. Nach der Ablehnung des Spätsommerschulbeginns in den Kantonen Zürich und Bern im Juni dieses Jahres soll somit nun der «eidgenössische Schulvogt» für Vereinheitlichung sorgen.

ZH: Eine Beratungsstelle für Volksschullehrer

Der Regierungsrat hat für die Dauer von drei Jahren einen jährlichen Kredit von 110 000 Franken für eine Beratungsstelle für Lehrkräfte der Volksschule bewilligt. Diese Stelle steht im Gegensatz zu den be-

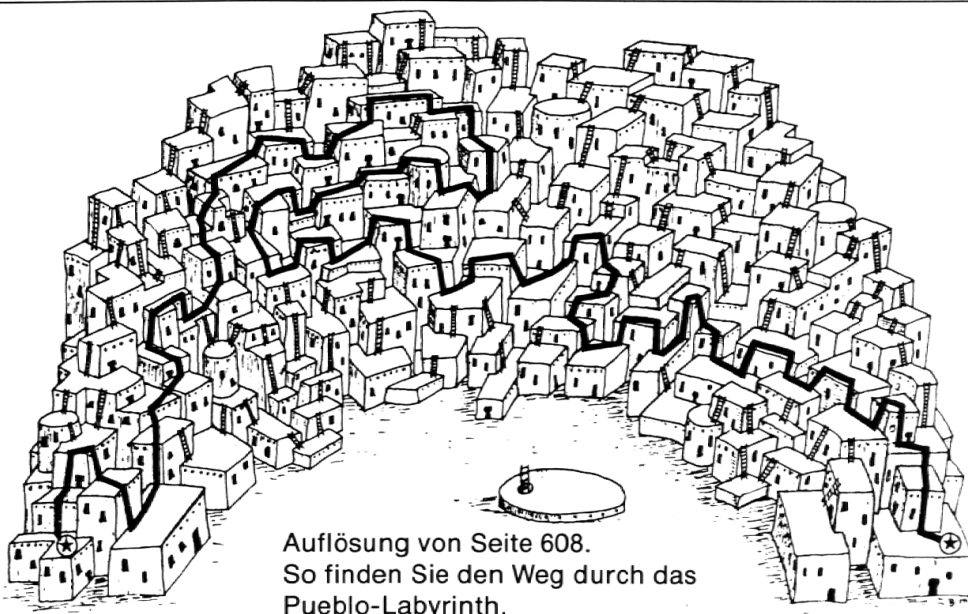
stehenden Beraterdiensten der Lehrerbildungsanstalten nicht nur im Dienste der Junglehrer, sondern der gesamten Lehrerschaft der Volksschule sowie der Schulpflegen. In der dreijährigen Versuchsphase ab 1983 wird der Beraterdienst dem Pestalozzianum Zürich angegliedert sein.

ZH: Mehr Hochdeutsch in den Schulen

Der Zürcher Erziehungsdirektor, Regierungsrat Alfred Gilgen, hat sich an der Schulsynode des Kantons Zürich in Kloten für die vermehrte Verwendung der Schriftsprache im Unterricht eingesetzt. Regierungsrat Gilgen versuchte der weitverbreiteten Ansicht zu begegnen, Hochdeutsch wirke im Unterricht kühl distanziert; nur Mundart vermöge eine freundliche Stimmung ins Schulzimmer zu bringen. «Welch traurige Schule ist das, die nur mit Mundart einen menschenwürdigen Unterricht gestalten kann», stellte der Zürcher Erziehungsdirektor fest.

BE: Gegen «Uni für alle» und Schulreform

Im Kanton Bern wurden zwei bildungspolitische Vorlagen bei einer Stimmbeteiligung von 20 Prozent deutlich abgelehnt. Die von studentischer Seite eingereichte Gesetzesinitiative «Uni für alle», die den Zugang zur Berner Universität ohne Matura erleichtern und die Mitbestimmung im Innern stark ausbauen wollte, wurde massiv mit 96 000 gegen 25 000 Stimmen abgelehnt. Am 28. November soll eine vom



Auflösung von Seite 608.
So finden Sie den Weg durch das
Pueblo-Labyrinth.

Kantonsparlament ausgearbeitete Teilrevision des aus dem Jahr 1954 stammenden Universitätsgesetzes dem Volk unterbreitet werden.

Mit 78000 gegen 43000 Stimmen wurde auch die von Poch und Autonomen Separatisten des Berner Juras lancierte Initiative «Schulreform: Fördern statt auslesen!» abgelehnt. Die Initiative strebte die Abschaffung der Aufteilung in Primar- und Sekundarschule nach dem vierten Schuljahr, den Übertritt ohne Prüfung in die weiterführenden Schulen am Ende des sechsten Schuljahres und die Abschaffung der Noten im ersten bis dritten Schuljahr an.

SH: Schaffhauser Kantonsschul- Provisorium zurückgewiesen

Überraschend hat der Schaffhauser Grosse Rat einen eigenen Entscheid widerrufen: Nachdem Eintreten auf eine Vorlage beschlossen worden war, welche ein Pavillon-Provisorium für die Kantonsschule für 580000 Franken vorsah, hat der Rat jetzt mit 44 gegen 8 Stimmen das Geschäft zur nochmaligen Überprüfung an die vorberatende Kommission zurückgewiesen. Die Vorlage war kritisiert worden, weil man in absehbarer Zeit mit einem definitiven Ergänzungsbau für die Kantonsschule rechnet. Gleich zwei Kredite – der eine erst noch für ein Provisorium von nur wenigen Jahren – hätten vor dem Volk kaum eine Chance, war die Überlegung.

VS: Lehrerfortbildung wurde koordiniert

An der Tagung der Zentralschweizer Arbeitsgemeinschaft Lehrerfortbildung (ZLFB) in Brig und Zermatt wurden das neue Konzept der Innerschweizer Reallehrer Grund- und Fortbildung besprochen und die zahlreichen Lehrerfortbildungs-Veranstaltungen im Zentralschweizer Raum koordiniert.

Der Arbeitsgemeinschaft Zentralschweizer Lehrerfortbildung gehören alle Lehrerfortbildungsleiter der IEDK-Kantone an, ein Vertreter der Innerschweizerischen Heilpädagogischen Gesellschaft, ein Vorstandsmitglied des Schweizerischen Vereins für Handarbeit und Schulreform, der die jährlichen grossen Schweizer Lehrerfortbildungskurse durchführt, sowie ein Mitarbeiter der Zentralschweizerischen Beratungsstelle für Schulfragen (ZBS).

Schwerpunkte der gegenwärtigen Arbeit, die zur Koordination im Zentralschweizer Schulwesen wesentlich beiträgt, sind die gemeinsamen Fortbildungskurse, die allen Lehrern im IEDK-Raum offenstehen, die Zusammenarbeit Lehrerfortbildung mit dem ZBS bei der Einführung neuer Lehrplanteile und der Erfahrungsaustausch in allen Kantonen. Wie die Lehrergrundausbildung und die Fortbildung zusammenarbeiten können, wird an der nächsten Sitzung Haupttraktandum sein.

VD: 5-Tage-Woche in den Waadtländer Schulen

Die Gesetzesvorlage über die Einführung der 5-Tage-Woche in den Schulen war derart umstritten, dass sich die Waadtländer Legislative während zweier Tage in einer langatmigen Debatte damit befasste. Auf der einen Seite stand der Wunsch des Volkes, das Ende November 1980 eine entsprechende Initiative angenommen hatte, auf der anderen Seite bestand Unstimmigkeit darüber, wo und wie die «verlorenen» Stunden vom Samstag in den neuen Plan aufgenommen werden können. Die Dauer der Schulstunden sowie die Frage, wieviele Stunden Lehrer und Schüler in vier Tagen verkraften können, bildeten denn auch die Hauptstreitpunkte. Der Grosse Rat beschloss, das Maximum der Schulstunden pro Woche in den ersten beiden Schuljahren auf 28 (bisher 29) anzusetzen. Dagegen müssen Sekundarschüler künftig 32 (heute 30) Stunden auf der Schulbank sitzen. Viele Abgeordnete befürchteten, dass durch die Einführung der 5-Tage-Woche weniger wichtige Schulfächer, wie Musik oder Zeichenunterricht, stundenmässig vernachlässigt würden. Dies ist aber nicht der Fall.

Die 5-Tage-Woche soll im August 1983 eingeführt werden. Seit einigen Wochen (dem Ende der Sommerferien) leben die Waadtländer Schüler nach einem Übergangsstundenplan, der in einigen Bereichen heftige Kritik hervorgerufen hatte. Staatsrat Raymond Junod wies denn auch Aussagen, wonach es sich bei diesem Übergangsstundenplan um ein Experiment handle, kategorisch zurück.

Ein zweiter grosser Diskussionspunkt war die Weiterbildung der Lehrer, welche im Gesetzesentwurf über die neuen Pflichtenhefte der Lehrer figuriert. Umstritten war dabei hauptsächlich, ob den Lehrern ausserhalb des Stundenplans noch Ergänzungskurse zugemutet werden können. Dies bejahte der Rat, wendete sich aber gegen eine Lohnentschädigung für diese Weiterbildung.

In einer Klasse von 32 Schülern

bekommen 19 Herzklopfen, wenn Blätter für eine Klassenarbeit ausgeteilt werden; haben 22 ein flaues Gefühl im Magen, wenn geprüft wird. 25 Schülern zittern bei Prüfungen die Hände, und 20 haben Angst davor, schlechte Noten zu bekommen. Bei 19 setzt bei Klassenarbeiten teilweise das Gedächtnis aus. Sie vergessen Dinge, die sie eigentlich gut gelernt haben. 16 haben im Unterricht Angst davor, vom Lehrer aufgerufen zu werden.

Nach: Schüler-Enquête «Stress in der Schule»
Universität Saarland, 1977